

2584/J-BR/2007

Eingelangt am 31.10.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Dr. Erich Gumplmaier
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
betreffend die Entwicklung des Aufkommens an Pensionsbeiträgen

In der öffentlichen Debatte bezüglich der Finanzierung des Pensionssystems stehen meist nur die demografischen Entwicklungen im Mittelpunkt. Die Zunahme der Lebenserwartung und der damit steigende Anteil der Menschen über 64 Jahre würde die Relation Junge - Alte so verschieben, dass die Pensionen nicht mehr finanzierbar wären, wird oft kühn und undifferenziert behauptet.

Dabei wird vernachlässigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung einen maßgeblichen Einfluss auf die Finanzierung hat. Konkret: das Wachstum des BIP, der Produktivität und der Beschäftigung bzw. die Entwicklung der Relation Erwerbstätige zu allen Nichterwerbstätigen (nicht nur der Senioren generation).

Nach Jahren mäßigen Wirtschaftswachstums ist Österreich 2006 nach langer Zeit wieder in die Phase einer Hochkonjunktur eingetreten. Sie führte neben dem Wirtschaftswachstum zu einem Wachstum der (Vollzeit-)Beschäftigten (auch wenn der Rückgang der Arbeitslosigkeit noch zu wünschen übrig lässt) und sollte nun auch zu einem stärkeren Wachstum der Löhne und Gehälter führen.

In den letzten Jahrzehnten ging die Lohnquote - der Lohnanteil am Volkseinkommen - kontinuierlich, in den letzten Jahren stärker zurück. Das bedeutet, dass mit dem anteilmäßigen Rückgang der Arbeitnehmerentgelte zugleich das Beitragswachstum gedämpft wird.

Zusätzlich zu diesen Entwicklungen geht auch innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen die Schere auseinander: Während es bei den Niedrigsteinkommen sogar nominelle Verluste gibt, sind hauptsächlich bei den höheren und den Spitzeneinkommen Zuwächse zu verzeichnen.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage:

- 1) Wie hat sich 2006 und im laufenden Jahr das gestiegene Wirtschaftswachstum und die gestiegene Beschäftigung auf die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung ausgewirkt? Welche Steigerungen der Beitragseinnahmen sind in den nächsten Jahren zu erwarten, wenn die von den Wirtschaftsforschungsinstituten prognostizierten Zuwächse an BIP und Beschäftigung realisiert werden?
- 2) Wie verändert sich der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung der unselbständig Erwerbstätigen durch diese Entwicklungen.
- 3) Wie hoch wäre der Entgang bzw. der Zuwachs an Beiträgen für die gesetzliche Pensionsversicherung, einerseits im Szenario einer weiterhin sinkenden Lohnquote, andererseits im Szenario einer Trendumkehr, also einer Stabilisierung oder sogar einem Ansteigen der Lohnquote?

- 4) Wie würde sich eine - zumindest - Stabilisierung der Lohnquote längerfristig auf den Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung der unselbständig Erwerbstätigen auswirken?
- 5) Welche Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit der Pensionen wäre durch eine Reduktion der Einkommensspreizung zwischen Niedrigeinkommen und Spitzeneinkommen infolge eines stärkeren Anstiegs der Niedrigeinkommen zu erwarten? Welche Maßnahmen wären aus Sicht des Bundesministers hilfreich, um einer weiteren Einkommensspreizung entgegen zu wirken oder sie zu verringern?